№ 242. Sonnabend, den 15. Oktober 1898. 25. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Abonnementspreis für Thorn bei Abholung in der Expedition, Brückenstraße 34, in den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gesp. Petitzeile oder deren Raum 10 Pf., Reklame heil Zeile 20 Pf
Inserat-Annahme: in der Expedition, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags.
Auswärts: Sämmtl. Annoncen-Expeditionen, in Gollub: H. Tuchler.

Redaktion: Brückenstraße 34, I. Etage.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Expedition: Brückenstraße 34, parterre.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Deutsches Reich.

In Bezug auf die Abkürzung der Orientreise des Kaisers schreibt die „Neue Bad. Landesztg.“ „Am Mittwoch Nachmittag fand in Berlin eine Vorbesprechung der Bundesrathsbevollmächtigten statt, worin der dringende Wunsch geäußert wurde, daß der Kaiser seine Orientreise wesentlich abkürzen möchte. Wahrscheinlich hielt man es für bedenklich, daß das Reichsoberhaupt nahezu drei Monate abwesend sei und auch noch den Staatssekretär des Auswärtigen mit sich nehme, obwohl eine Reihe ernster auswärtiger Fragen sich in der Schwebe befindet. Am Mittwoch Abend erstattete der Reichskanzler darüber dem Kaiser mündlichen Vortrag, scheint aber kein genügendes Entgegenkommen gefunden zu haben. Am Donnerstag wurde die Angelegenheit sowohl in der Bundesrathssitzung als in der fünfstündigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums erörtert. Am Freitag dürften in der Kronrathssitzung nochmals alle Gründe, die gegen die lange Dauer der Kaiserreise aufgetaucht waren, ins Feld geführt worden sein. Am Abend desselben Tages reiste der Großherzog auf Wunsch des Kaisers nach Potsdam und traf dort am Sonnabend Vormittag ein. Nachmittags wurde halbamtlich die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser auf den geplanten dreiwöchentlichen Aufenthalt in Egypten verzichtet habe. Mein Gewährsmann zweifelt nicht daran, daß der Kaiser bei dieser bedeutsamen Entscheidung zunächst die Ansicht des Großherzogs hören wollte, auf dessen weisen Rath er schon manchmal großen Werth gelegt hat. Offenbar hat sich unser Landesfürst den Bedenken des Reichskanzlers angeschlossen und dadurch den erwähnten Entschluß des Kaisers herbeigeführt. Auch von bayerischer Seite sollen die Bemühungen des Fürsten Hohenlohe unterstützt worden sein.“

Ueber die Oeynhauser Rede des Kaisers hat sich der Zentrumsabg. Karl Bachem jüngst in einer Wahlversammlung in Krefeld ausgesprochen. Er erklärte nach der „Germ.“: „Sie erinnern sich, daß der Kaiser jüngst angedeutet hat, eine Gesetzvorlage werde kommen, wonach derjenige, der einen anderen zum Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Ja, m. H., demgegenüber ist unser Standpunkt ganz klar verzeichnet. Was dem einen recht ist, das ist ganz einfach dem andern billig. Wenn man für gewisse Vergehen der Arbeiter mit schweren Strafen belegt, dann müssen auch die andern Stände für ähnliche Vergehen mit denselben schweren Strafen büßen. (Sehr richtig!) Wenn man sich vor der Konsequenz scheut, wenn man sogar Duellanten und Polizisten, die sich schwer an den Bürgern des Staates vergriffen haben, schont, dann soll man auch den Arbeiter nicht zu hart anfassen, zumal die Staatsgewalt in den bestehenden Gesetzen genügende Mittel in der Hand hat, um Ausschreitungen gerecht zu strafen.“ (Lebhafter Beifall.)

Der Rücktritt des Gouverneurs des Kiautschaugebietes Rosendahl wird allgemein mit verschiedenen Mißgriffen in Verbindung gebracht, welche von Berichterstattern einiger deutscher Blätter gerügt worden waren. Es ging daraus hervor, daß in Kiautschau zu viel militärisch regiert und verordnet, und zu wenig Rücksicht auf die deutsche Zivilbevölkerung genommen wurde. Als die ersten Zeitungen mit den Beschwerden über die Handlungsweise des Gouverneurs in Tsintau ankamen, ließ Rosendahl die deutsche Ansiedlerschaft auf einem freien Platz zusammenkommen und richtete eine Ansprache an sie, die im Tone eines Kommandobefehls eine Rechtfertigung seiner von einem Berichterstatter angefochtenen Handlungsweise in der Frage des Landerwerbs, gleichzeitig die Ankündigung einer bevorstehenden Verordnung enthielt. Diese Verordnung regelt vom 1. Oktober ab den Kauf von Grundstücken. Die „Frankf. Ztg.“ hatte darüber Beschwerde geführt, daß, während allen übrigen Kauflustigen die Erwerbung von Land verweigert wurde, einem Mitglied der Verwaltung der Kauf eines großen Landkomplexes gestattet worden war. In seiner Ansprache an die Kaufleute stellte der Gouverneur diesen Kaufvertrag als durchaus harmlos hin.

Reichstagsabgeordneter Albert Biesantz ist am Donnerstag in Bückeburg verschieden. Biesantz wurde bei den letzten Reichstagswahlen als Kandidat der Freisinnigen Volkspartei an Stelle des bisherigen Abg. Langerfeld von der Freisinnigen Vereinigung, welcher auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, in der Stichwahl gegen einen Konservativen gewählt.

Der Magistrat von Spandau hat beschlossen, zu Gunsten der Westlinie des Berlin-Stettiner Großschifffahrtskanals eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten. In Potsdam dagegen wünscht man nicht die Westlinie, weil man dadurch eine Abnahme des unter ungünstigen Wasserverhältnissen leidenden Schiffahrtsverkehrs von Hamburg nach Berlin befürchtet, der jetzt für Potsdam von Bedeutung ist.

An der Berliner Börse vom Mittwoch wurde ein Vorkommnis bekannt, das die Geschäftsprinzipien der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in recht bedenklichem Licht erscheinen läßt. Die Kasse hat nämlich am letzten „Ultimo“ von einer Berliner Hypothekenbank auf kurzen Termin für etwa 400 000 Mark Geld entnommen, wofür sie den diesmal gerade üblichen Satz von $4^3/_4$ pCt. zu entrichten hatte. Sie selbst leiht aber ihren Kunden bekanntlich Geld zu 4 pCt. dar; früher geschah dies sogar nur zu 3 pCt., und es ist noch in Erinnerung, mit welchem Sturm der Entrüstung die Erhöhung ihres Zinsfußes auf 4 pCt. von agrarischer Seite beantwortet wurde. Nun zahlt aber die Zentralgenossenschaftskasse selbst gar $4^3/_4$ pCt., also $^3/_4$ pCt. mehr, als sie selbst erhält. Man kann gespannt darauf sein, wie die Verwaltung der Kasse diese ihre merkwürdige Geschäftspraxis erklären resp. rechtfertigen wird.

Wo die Gemäßigt-Liberalen, so schreibt die „Nationalzeitung“, aus örtlichen Gründen eine konservative Wahl herbeiführen helfen, da arbeiten sie dem auf die Erlangung der Herrschaft gerichteten Bestreben der Konservativen in die Hände; denn im Abgeordnetenhause wird nicht nach den örtlichen Gesichtspunkten entschieden werden, welche hier und da für solche Kompromisse angeführt werden, sondern nur nach den großen Gegensätzen in der Beurtheilung der staatlichen Angelegenheiten.

In Betreff des „römischen Zwischenfalls wird der „Köln. Volks-Ztg.“ aus Berlin telegraphirt: „Der deutschen Regierung liegt eine Animosität gegen den hl. Stuhl vollständig fern. Man wünscht nur eine offene Anerkennung des deutschen Schutzrechtes für deutsche Katholiken. Eingriffe in die hierarchische oder in die Ordensdisziplin sind, wie von zuständiger Seite versichert wird, gar nicht beabsichtigt.“

Zur Abrüstungskonferenz wird der „Pol. Korresp.“ aus Petersburg gemeldet, daß nach der Rückkehr des Ministers des Aeußeren, Grafen Murawiew, von seinem Urlaube der Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz bestimmt werden dürfte. Rußland werde sicherem Vernehmen nach die ersten Tage des Januar 1899 für die Eröffnung der Friedenskonferenz vorschlagen, die in der russischen Hauptstadt stattfinden soll.

Ueber den Waffengebrauch der Polizei herrschen in Bayern andere Anschauungen als im Reiche des Herrn von der Recke. In München darf von der Schutzmannschaft die Waffe nur gebraucht werden, wenn hierzu von den Vorgesetzten besonderer Befehl ertheilt ist, oder wenn gegen den Schutzmann ein gewaltthätiger Angriff gemacht wird, oder ein solcher Angriff unmittelbar droht, ferner, wenn dem Schutzmann ein nur durch Anwendung von Waffen zu überwindender Widerstand entgegengesetzt wird, oder wenn die dem Schutzmanne anvertrauten Personen, Güter oder Posten auf keine andere Weise vertheidigt werden können. Es soll jedoch auch in diesen Fällen von den Waffen nur mit möglichster Schonung und nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn alle anderen Mittel, wie Ermahnungen, Warnungen, erfolglos geblieben sind. Ueber die Führung und den Gebrauch des Revolvers wurden besondere Vorschriften erlassen. Revolver werden zumeist nur von Landgendarmen und Kriminalschutzleuten geführt.

Die Orientreise des deutschen Kaiserpaares.

Der Kaiser und die Kaiserin haben Mittwoch Abend $9^1/_2$ Uhr auf der Fahrt von Kamenz nach Venedig Wien passirt. Der Nordbahnhof war während der Durchfahrt des Hofzuges abgesperrt und mit Ausnahme der Beamten und Polizei befand sich niemand auf dem Perron. Das Publikum in den Straßen an der Verbindungsbahn wunderte sich über den langen fremdartigen Zug, da die Verbindungsbahn wegen Umbaues seit Monaten nicht mehr von Personenzügen befahren wird, aber niemand wußte, daß in diesem Zuge das deutsche Kaiserpaar fahre.

In Venedig war der Bahnhof für den Empfang des deutschen Kaiserpaares mit prächtigen Blumenguirlanden und Fahnen geschmückt. Auf der Linie Ala—Verona—Venedig war ein umfassender Sicherheitsdienst eingerichtet. Sämmtliche Bahnhöfe waren, während der Kaiserzug passirte, für das Publikum abgesperrt. Zwanzig Minuten vor dem Kaiserzug fuhr eine Stafettenlokomotive. Nachdem das Kaiserpaar am Donnerstag früh $8^1/_2$ Uhr die italienische Grenze passirt hatte, traf es um $12^3/_4$ Uhr in Begleitung des Staatssekretärs des Auswärtigen v. Bülow in Venedig ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem König Humbert und der Königin Margherita, die an demselben Vormittag in Venedig angekommen waren, empfangen. Die Begrüßung zwischen den Majestäten war eine überaus herzliche. Vom Bahnhof aus fuhren die Majestäten in Hofgondeln, denen acht städtische Gondeln in der Bauart vergangener Jahrhunderte vorauffuhren, durch den Kanal grande nach dem königlichen Palast.

Ausland.

Frankreich.

Zum Fall Dreyfus liegt die Meldung der „Liberté“ vor, General Mercier habe die Anregung des Ministeriums, die Dreyfusblätter zu verfolgen, abgelehnt, weil er über die geheimen Absichten, welche hinter der Anregung stehen, nicht ganz beruhigt sei.

Clémenceau fordert den Berichterstatter in der Revisionsfrage auf, auch in die Akten des Prozesses Esterhazy Einblick zu thun; er werde darin zwei Briefe des Majors Pauffin St. Morel, des Adjutanten Boisdeffres, an Esterhazy finden, sowie eine Abschrift des Briefes Esterhazys an Boisdeffre selbst, welcher anläßlich der Expertise an Frau Boulancy geschrieben wurde. In letzterem Briefe heißt es: „Sind Sie Ihrer Experten absolut sicher? Wenn ja, dann verlasse ich mich vollständig auf Sie, anderenfalls werden wir bezüglich des Bordereaus erklären, daß man meine Schrift durchgepaust hat.“ Wenige Tage später ließ Boisdeffre amtlich erklären, daß er Esterhazy niemals gekannt habe und demselben niemals irgendwelche Mittheilungen habe machen lassen.

Dem „Matin“ zufolge sei es entschieden, daß die Anklage wegen Fälschung gegen Picquart fallen gelassen und nur die wegen Gebrauchs eines gefälschten Papieres aufrecht erhalten werden würde.

Der Ausstand der Erdarbeiter in Paris kann als beendet angesehen werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit trat am Montag früh sehr deutlich in Erscheinung, trotzdem bleiben die Truppen zum Schutze der Arbeitenden bereit. In der Arbeitsbörse fanden am Vormittag einige Versammlungen statt, doch war die Zahl der Ausständigen bedeutend geringer, als an den letzten Tagen. Auch die meisten Pariser Morgenblätter vom Donnerstag erklären, daß der Ausstand thatsächlich als beendet anzusehen sei. Auf den großen Bauten arbeiteten am Mittwoch bereits 6000 Personen.

Spanien-Nordamerika.

In der Friedenskommission in Paris sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Spanier sind über die weitgehenden Forderungen hinsichtlich der Philippinen erbittert. Allerdings wird „amtlich“ versichert, die spanisch-amerikanische Friedenskommission habe sich bisher lediglich mit der kubanischen Schuldfrage beschäftigt. Allein auch dieser Gegenstand bildet den Anlaß ernster Mißhelligkeiten. Aus Madrid wird durch „Wolff's Bureau“ gemeldet, dort riefen die über die Haltung der amerikanischen Mitglieder der Friedenskommission in Paris verbreiteten Gerüchte lebhafte Unzufriedenheit hervor, namentlich der Beschluß der Amerikaner, die Schulden von Kuba und Porto Rico nicht anzuerkennen. In spanischen Regierungskreisen macht sich immer mehr die Meinung geltend, daß die Pariser Friedenskonferenz ergebnißlos verlaufen wird und ein Schiedsgericht die Streitpunkte regeln muß.

Schweden-Norwegen.

Die norwegische Regierung hat auf Grund der Friedenskundgebung des Kaisers von Rußland eine Vorstellung an den König gerichtet, welche anregt, die Anerkennung der Neutralität Schwedens und Norwegens von den Mächten anzustreben. Die Vorstellung wurde durch königliche Resolution in Uebereinstimmung mit dem Vorschlag der norwegischen der schwedischen Regierung übersandt.

Türkei.

Wie aus Kanea gemeldet wird, wurde die Antwort der Pforte, daß sie in die Zurückziehung der Truppen unter der Bedingung einwillige, eine genügende Besatzung auf der Insel belassen zu dürfen, von den Admiralen dahin beantwortet, ihre Regierungen müßten, da dies ein zu dehnbarer Begriff sei, mit Rücksicht auf die in Kandia gemachten Erfahrungen auf dem Verlangen einer völligen Entfernung der türkischen Truppen von der Insel beharren. Was die Entsendung von Paschas anlangt, welche den Abmarsch der Truppen hier leiten sollen, so beschlossen die Admirale, deren Landung nicht zu gestatten, um neue Schwierigkeiten und Verhandlungen zu vermeiden. Da die Pforte keinerlei Andeutung über die Abreise ihrer Zivilbeamten gemacht hat, so beantragten die Admirale bei ihren Regierungen, die Zustimmung der Pforte dazu als vollendete Thatsache anzusehen. Die Mächte haben ferner der Pforte notifizirt, daß die Kosten der internationalen Okkupation aus den kretensischen Steuereingängen gedeckt würden.

Egypten.

Zur Faschodafrage soll die englische Regierung Frankreich folgenden Vorschlag gemacht habe: Marchand solle zum französischen Konsul im Sudan ernannt werden, um auf diese Weise die französischen Handelsinteressen zu schützen. Das Konsulat solle dann in eine Generalresidenz umgestaltet werden.

Provinzielles.

Strasburg, 13. Oktober. Von russischen Grenzbeamten ist auf der Grenze der Professor Sokolowski aus Warschau verhaftet worden. S. wollte mehrere Bücher und Zeitungen zur „Aufklärung“ des polnischen Volkes über die Grenze schaffen. Zur Einschmuggelung dieser Sachen setzte er sich mit einem Einwohner von Rypin in Verbindung. Dieser aber denunzirte den Professor Sokolowski bei den russischen Grenzbeamten, wofür er 100 Rubel erhielt. S. ist schon zweimal wegen politischer Uebertretungen bestraft worden.

Marienburg, 13. Oktober. Die Herren Kitz-Biesterfelde, Deichhauptmann Bönchendorf, Pfarrer Krause-Thiensdorf und Kreisdeputirter Schultz-Klein Montau veröffentlichen heute „Für den Bund der Landwirthe des Kreises Marienburg“ und gegen den Bund der Landwirthe des Kreises Elbing eine längere Erklärung zu Gunsten der Kandidatur des Herrn Landraths v. Glasenapp. Sie nehmen darin aus dem bis-

herigen Herkommen das Recht für den Kreis Marienburg in Anspruch, einen Kandidaten vorzuschlagen.

Konitz, 13. Oktober. In unserem Wahlkreise ist der Kompromiß zwischen den Konservativen und Liberalen nunmehr perfekt geworden. Die Liberalen hatten den von den Konservativen als Kandidaten vorgeschlagenen Landrath Dr. Kersten glatt akzeptirt und ihrerseits Herrn Apotheker Heubach (freis. Vereinigung) vorgeschlagen. Die Konservativen wollten diese Kandidatur nur unter einem die Liberalen zu einem anderen Vorschlage für die nächsten Wahlen verpflichtenden Vorbehalt annehmen. Dazu sich den Konservativen gegenüber zu verpflichten, lehnten die Liberalen mit demselben Recht, das man auf konservativer Seite stets beansprucht, ab. Wie es scheint, hat man darauf den Vorbehalt fallen gelassen und so ist in unserem Wahlkreise eine erfreuliche Eintracht im deutschen Lager erzielt.

Eydtkuhnen, 13. Oktober. Zur bevorstehenden Durchreise des Zarenpaares ist im benachbarten Kibarty (Wirballen) russisches Militär eingetroffen. Der Bahnhof ist an jeder Treppe, an jeder Thür und an jedem Gang mit Posten besetzt. Ebenso sind die Grenzposten bedeutend verstärkt; auch die Eisenbahnstrecke ist besetzt. Das Zarenpaar soll diesen Freitag durchfahren, andern Nachrichten zufolge erst künftigen Montag. Seit Ermordung der österreichischen Kaiserin sind die Grenzübergangsvorschriften überaus verschärft worden; sogar russische Beamte, die sonst anstandslos die Grenze passierten, müssen sich jetzt beim Ueberschreiten der Grenze der Paß-, resp Legitimationskontrolle unterziehen.

Simonsdorf, 13. Oktober. Auf Veranlassung des Postinspektors ist hier nach dem „Ges." der Postgehilfe Richard R. verhaftet worden. Er war erst vor wenigen Tagen aus Riesenburg nach Simonsdorf versetzt, und die von ihm in R. begangenen Unterschlagungen wurden nach seinem Abgange entdeckt.

Bromberg, 12. Oktober. Heute Nachmittag wurde der verstorbene Oberbürgermeister Bräsicke zur letzten Ruhestätte auf den evangelischen Friedhof gebracht. Die städtische Turnhalle war zur Leichenfeier in einen Trauersaal umgewandelt worden. Auf einem Katafalk stand der Sarg. Durch dichte Verhängung der Fenster herrschte volles Dunkel; durch Gasflambeaus wurde der Saal erhellt. Die hiesigen Vereine des Provinzialsängerbundes sangen einen Choral, worauf Herr Pfarrer Stämmler die Leichenrede hielt. Dann bewegte sich der Zug nach dem evangelischen Friedhof. Die Spitze des Zuges bildete die Kapelle des 129. Infanterie-Regiments, welche Trauermärsche spielte, dann folgten der Verein der Ritter des Eisernen Kreuzes, der Landwehrverein, die Sänger, die Beamten der Schleppschifffahrts-Gesellschaft, die städtischen Beamten und demnächst der von vier Pferden gezogene Leichenwagen, hinter diesem die Geistlichen und die Anverwandten des Verstorbenen, Magistrat und Stadtverordnete, das Offizierkorps der Garnison u. a. Am Grabe sprach Herr Pfarrer v. Zychlinski.

Bromberg, 13. Oktober. Zur Aufstellung eines freisinnigen Landtags-Kandidaten fand gestern eine Versammlung des deutsch-freis. Vereins statt. Nach lebhafter Erörterung der Kandidatenfrage wurde zum Schluß einstimmig der Leiter und Anwalt der deutschen Genossenschaften Herr Dr. jur. Hans Crüger-Charlottenburg aufgestellt. Herr Dr. Crüger hat sich bereit erklärt, ein Mandat anzunehmen und sich auf Wunsch den Wählern vorzustellen.

Posen, 12. Oktober. Heute früh wurde an einem Promenadenwege, auf einer Bank sitzend, der Maurer S. todt aufgefunden. S. hatte einen Sack mit Kohlköpfen auf dem Rücken in der Weise getragen, daß er um den einen Zentner schweren Sack einen Strick gelegt, den er auf der Brust zusammengebunden und mit einem Stock etwas zusammengedreht hatte. Als S. sich auf die Bank, auf welcher er sich wahrscheinlich ausruhen wollte, niedergesetzt hatte, ist der Strick von der Brust nach dem Halse geglitten, aus welcher Lage sich S. nicht mehr befreien konnte.

Lokales.

Thorn, 14. Oktober.

— Die gestrige Urwählerversammlung der vereinigten Liberalen, die im kleinen Saale des Artushofes stattfand, war von über 100 Personen besucht und wurde gegen ½9 Uhr von Herrn Rechtsanwalt Schlee mit einem Kaiserhoch eröffnet, wobei Redner hervorhob, daß die Liberalen mindestens ebenso treu zu Kaiser und Reich halten wie die Konservativen, wenn sie auch nicht alledem, was vom König und von der Regierung kommt, zustimmen könnten. Das Schlagwort: Der Liberalismus sei die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei durchaus unzutreffend. Redner führt dann weiter aus, daß die Liberalen zunächst Herrn Landgerichtsdirektor Graßmann als Landtagskandidaten in Aussicht genommen hätten in der Erwartung, daß die Konservativen dem zustimmen würden, leider sei das aber nicht der Fall gewesen, da die Konservativen an den beiden bisherigen Abgeordneten festhalten. Herr Landrichter Bischoff referirt dann über die konservative Urwählerversammlung in Culmsee. Unter dem Eindruck der letzten Reichstagswahl seien auch jetzt wieder von Anfang an alle Parteien darüber einig gewesen, deutsche Kandidaten durchzubringen, leider aber scheine es diesmal nicht zu einer Einigung zu kommen. Von der rechten Seite sei man zwar mit einem sogenannten Kompromiß an die Liberalen herangetreten, derselbe habe aber einfach nur dahin gelautet: Wir wollen einig sein, wenn ihr die beiden von uns aufgestellten Kandidaten wählt, geschieht das nicht, so herrscht eben keine Einigkeit. Ein Kompromiß auf dieser Grundlage mußte von den Freisinnigen, die inzwischen Herrn Landgerichtsdirektor Graßmann als liberalen Kandidaten in Aussicht genommen hatten, natürlich abgelehnt werden, und darauf hin wurde von der rechten Seite die Culmseer Urwählerversammlung einberufen von dem sogenannten „Wahlverein der Konservativen und Gemäßigtliberalen". Dieser Verein habe vielleicht vor Jahren einmal Gemäßigtliberale in seiner Mitte gehabt, jetzt seien seine Mitglieder jedenfalls ausschließlich konservativ und so seien auch in der Culmseer Versammlung nur Konservative vertreten gewesen und die erschienenen Liberalen als Gäste behandelt worden. Er, Redner, sei im Auftrage der vereinigten Liberalen in Culmsee gewesen, um noch einmal den Versuch zu machen, einen Kompromiß zu Stande zu bringen, obgleich er gewußt habe, daß die Konservativen sich bereits für die bisherigen Abgeordneten entschieden hatten; er habe denn auch den Konservativen die Herren Landgerichtsdirektor Graßmann und Handelskammerpräsident Herm. Schwartz als liberale Kompromißkandidaten in Vorschlag gebracht, seine Vorschläge aber seien abgelehnt worden und es wurde an der Kandidatur der Herren Meister-Sängerau und Sieg-Raczyniewo festgehalten. Nach diesem Verhalten müsse man annehmen, daß von der rechten Seite der sogenante Kompromiß den Liberalen nur angeboten worden sei, um das Odium, die Einigkeit der deutschen Wähler gestört zu haben, von den Konservativen auf die Liberalen abzuwälzen. Von Herrn Amtsrichter Wintzek sei das Verhalten der Konservativen zwar damit motivirt worden, daß sie die Stärkeren seien, wenn man aber diesen Einwand erhebe, dann dürfe man nicht mehr von einem Kompromiß auf der Grundlage der Gleichberechtigung sprechen, das sei dann eben eine Majorisirung. Es müsse zugegeben werden, daß die Konservativen den Liberalen bei der letzten Reichstagswahl sehr entgegengekommen seien, wenn dieselben dafür aber Gegendienste verlangten, (und er persönlich halte dieses Verlangen für berechtigt und möchte das Reichstagsmandat abwechselnd in liberalen und konservativen Händen sehen) so könnte davon nur bei der nächsten Reichstagswahl die Rede sein, aber nicht bei den Landtagswahlen, wo die Wahl eines Polen ausgeschlossen sei. Bei einer etwaigen Stichwahl zum Landtage würden sich sicher alle als Deutsche fühlen und gemeinsam für den deutschen Kandidaten eintreten, da aber jetzt für die Hauptwahlen keine Einigung erzielt werden konnte, so müßten die nun einmal bestehenden politischen Gegensätze eben ausgetragen werden, wenn auch ohne Schärfe. Die Freisinnigen haben als Kandidaten nunmehr die Herren Gutsbesitzer Dommes-Morczyn und Kaufmann Kittler-Thorn aufgestellt und die Nationalliberalen stehen nicht an, ihren politischen Freunden diese beiden Kandidaturen aufs wärmste zu empfehlen. Da ein Kompromiß nicht vorhanden sei, war diese Scheidung der Nationalliberalen von den Konservativen erforderlich, damit einmal ein helles Licht in die Parteiverhältnisse unseres Wahlkreises falle. Der Liberalismus müsse auch im preußischen Landtage wieder die Bedeutung erlangen, die ihm zukomme und daher gelte es für alle liberalen Parteien, die im kleinen zwar große Unterschiede zeigen, in den Hauptgesichtspunkten aber einig sind, fest zusammenzustehen. Die liberale Grundstimmung des preußischen Volkes müsse bei den jetzigen Wahlen zum klaren Ausdruck gelangen, damit sich die Regierung nicht wie bisher zu sehr von den konservativen Partei beeinflussen läßt. Wenn die Regierung an der linken Seite des Hauses eine kräftige Stütze hätte, so würden Vorlagen, wie das Vereinsgesetz und das Zedlitz'sche Schulgesetz gar nicht erst eingebracht werden können. Ein großer Theil der zu behandelnden wirthschaftlichen Fragen gehöre zwar zur Kompetenz des Reichstags, trotzdem aber müsse man auch bei den Landtagswahlen auf die Behandlung dieser Fragen Rücksicht nehmen, denn der im Landtage vertretene wirthschaftspolitische Geist komme auch wieder bei der Reichsregierung zum Ausdruck. Man dürfe daher auch in den Landtag keine Leute schicken, welche, wie beispielsweise die Konservativen bei der Frage des Mittellandskanals, der eine billige Verkehrsstraße zwischen dem Osten und Westen bilde, sich einem großen Kulturwerk gegenüber aus kleinlichen Gründen ablehnend verhalten. Auf andere in den nächsten Jahren zu erledigende Fragen wolle er nicht weiter eingehen, sondern nur nochmals die Kandidatur der Herren Dommes-Morczyn und Kittler-Thorn empfehlen. Herr Dommes sei ein erfahrener Landwirth, welcher die Verhältnisse unseres Ostens kennt und weiß, was der Landwirthschaft noththut; er werde deren Interessen jedenfalls mindestens ebenso gut vertreten, wie die von den Konservativen aufgestellten Kandidaten. Herr Kittler, der mitten im praktischen Leben steht und das allgemeine Vertrauen genießt, sei ferner der geeignetste Vertreter unseres Handels, der Industrie und des Gewerbes. Herr Amtsrichter Wintzek habe am Sonntag zwar in Culmsee gemeint, die Liberalen rechneten auf die Hilfe der Polen, das sei aber unrichtig; die Liberalen hofften ohne die Polen fertig zu werden, und wenn ihnen das nicht gelinge, so sei die Wahl eben eine Art Heerschau gewesen. Auch die Behauptung des Herrn Oberamtmann Krech-Althausen, die Liberalen hätten seit der Reichstagswahl ihren nationalen Standpunkt geändert, sei durchaus falsch. Er halte es für angemessener, wenn in den bevorstehenden Wahlkampf, der ohnehin schon herb und bitter genug sei, weil er von Deutschen gegen Deutsche geführt werden müsse, nicht auch noch das nationale Moment hineingeworfen werde. Kaufmann Kittler erklärt hierauf, er sei nicht aus eigenem Wunsch als Kandidat der Liberalen aufgestellt worden, sondern sei dem Einfluß seiner politischen Freunde in einer schwachen Stunde unterlegen. Er habe niemals den Ehrgeiz gehabt, Abgeordneter zu werden, er kenne überhaupt keinen anderen Ehrgeiz als den, übernommene Pflichten treu zu erfüllen. Wenn er aber nun als Kandidat aufgestellt worden sei, so werde er auch im Falle seiner Wahl das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Er sei kein Prinzipienreiter, er wolle aber gleich von vornherein darauf aufmerksam machen, daß er vielleicht manchmal etwas mehr nach links gehen werde, als einem Theil seiner Wähler lieb sei. Seine politische Stellung sei ja im übrigen zur Genüge bekannt. Um auf einen Erfolg der Liberalen bei den jetzigen Wahlen rechnen zu können, sei aber noch eine tüchtige Agitation erforderlich und er stelle sich daher seinen Wählern jederzeit zur Verfügung. Sollte aber die Wahl für die Liberalen keinen praktischen Erfolg bringen, so würde durch die Agitation doch wieder einmal der liberale Gedanke im Volk ordentlich aufgerüttelt werden und das sei schließlich doch auch ein Erfolg. Herr Gutsbesitzer Dommes-Morczyn: Da Herr Kittler die Kandidatur angenommen habe, sei auch er zur Uebernahme derselben bereit, um einer drohenden Majorität der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause vorzubeugen, denn es seien manche Anzeichen dafür vorhanden, daß wir dann in einen bürokratisch-junkerlichen Staat hineintreiben. Er werde stets für ein gleiches Recht für alle Stände eintreten. Vor der Hand würde er im Falle seiner Wahl keiner politischen Partei beitreten; er müsse aber betonen, daß er voll und ganz auf dem liberalen Standpunkte stehe und stets gegen die drohende Reaktion kämpfen werde. Herr Witt giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Herr Kaufmann Kittler eine schwache Stunde gehabt habe, wenn diese schwache Stunde schon vor 15 Jahren eingetreten wäre, so würde der Liberalismus in Thorn nicht so zurückgegangen sein, wie es jetzt thatsächlich der Fall ist. Ein Grund dafür sei freilich auch der, daß infolge unserer starken Garnison heutzutage jeder Handwerker mehr oder weniger Armeelieferant sei und als solcher seinen Liberalismus nicht zu bekennen wage. Da in den bevorstehenden Landtagssessionen jedenfalls eine Beschränkung der Freizügigkeit und ein neues Vereinsgesetz zur Vorlage kommen würden, so hätten die Arbeiter jedenfalls alle Veranlassung, die Aufstellung der beiden liberalen Kandidaturen mit Freuden zu begrüßen. Das Interesse der Arbeiter sei bisher im Landtage nicht so vertreten gewesen, wie man es wünschen müsse, daran sei der Liberalismus auch mit Schuld, der durch seine Unthätigkeit der Sozialdemokratie im hiesigen Wahlkreise Vorschub geleistet habe. Herr Rechtsanwalt Schlee: In der konservativen Urwählerversammlung in Culmsee sei von einem „Wahlverein der Konservativen und Gemäßigtliberalen" die Rede gewesen, welcher die Kandidatur der bisherigen Abgeordneten unterstütze. Von einem solchen Verein sei ihm nichts bekannt, jedenfalls verdiene dieser seinen Namen nicht, denn kein einziger liberaler Mann gehöre ihm an, wenn man nicht etwa den einzigen Herrn Sieg-Raczyniewo als liberal ansehen wolle. Die Herren haben also kein Recht, sich als Gemäßigtliberale aufzuspielen, dagegen müsse er Protest einlegen. Die Nationalliberalen seien ja eigentlich in einer recht bösen Lage, da von den Konservativen ein Kandidat aufgestellt worden ist, der sich nationalliberal nennt und den auch die Parteileitung dafür ansieht. Für diesen Herrn müßten die Nationalliberalen aber doch bestens danken, denn sie hielten Herrn Sieg für konservativ, und wenn er einmal gesagt habe, er sitze nur zufällig auf der linken Seite, im Herzen gehöre er zur rechten, so habe er damit für seine Person vollkommen recht. Ueberhaupt seien ja leider innerhalb der nationalliberalen Partei manche Mitglieder, die eigentlich zu den mehr rechts stehenden Parteien gehören. Die Nationalliberalen in Thorn stellten aber jedenfalls das Parteiinteresse über das Fraktionsinteresse und opponirten deshalb gegen die Wahl des Herrn Sieg, so schwer es ihnen falle, einen innerhalb der Fraktion sitzenden Herrn zu bekämpfen. Wir in Thorn dürften nie vergessen, daß wir angewiesen sind auf Handel und Industrie, unser Verkehr muß ausgedehnt werden, wenn wir vorwärts kommen wollen; die bisherigen Abgeordneten seien aber stets nur für agrarische Interessen eingetreten, und es wäre daher thöricht, dieselben wiederzuwählen. Wenn bei den Wahlen der nationale Gesichtspunkt in Frage käme, würden die Nationalliberalen auch für den schärfsten Reaktionär eintreten, davon könne aber jetzt nicht die Rede sein; es handle sich jetzt nur darum, den Liberalismus im preußischen Landtag zu stärken und deshalb würden die Nationalliberalen für die beiden freisinnigen Kandidaten eintreten. Der Einwand, die Freisinnigen seien die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei lächerlich, denn dann seien die Nationalliberalen die Vorfrucht der Freisinnigen, die Freikonservativen die Vorfrucht der Nationalliberalen und die Konservativen die Vorfrucht der Freikonservativen. Man dürfe jetzt nicht fragen, ob die Haltung Hinz oder Kunz recht sei, sondern müsse selbstständig vorgehen und entgegen dem Interesse der eigenen Fraktion für die freisinnigen Kandidaten stimmen, die sich voraussichtlich der freisinnigen Vereinigung anschließen würden. Wer die Kandidaten sind, sei allen bekannt. Herr Kittler habe jahrelang als Mitglied des Thorner Magistrats unter allgemeiner Anerkennung gewirkt und seine Gemüths- und Herzenseigenschaften brauchten nicht besonders hervorgehoben zu werden. Herr Dommes sei ein hervorragender Vertreter der Landwirthschaft, der es, ohne immerfort nach Staatshilfe zu schreien, zu ansehnlichem Wohlstand gebracht habe und es jedenfalls auch so weiter treiben werde. Sodann wurde zur Abstimmung geschritten und die Herren Dommes-Morczyn und Kittler-Thorn einstimmig als liberale Wahlkandidaten proklamirt. Herr Direktor Prowe: Es sei richtig, daß die Freisinnigen durch große Läßigkeit dem Liberalismus viel geschadet hätten, dieselben wüßten aber jetzt, was sie von ihrer jahrelangen Vertretung durch Landwirthe gehabt hätten. Während der konservative Verein eifrig thätig sei, sei der freisinnige Verein eingeschlafen. Die Liberalen müßten die Landwirthe und Bauern wieder zu gewinnen suchen und eifrig für eine größere Verbreitung der liberalen Ideen agitiren, wenn auf einen Erfolg bei der bevorstehenden Wahl gerechnet werden solle. Redner sprach dann noch über Gänseeinfuhr und Schweinesperre. Herr Professor Boethke: Man dürfe nicht verkennen, daß sich die Stimmung im Volke geändert habe und eine größere Neigung als früher vorhanden sei, konservativ zu wählen. Vor allen Dingen müsse dafür gesorgt werden, daß alle liberalen Wähler an die Wahlurne geführt werden und keiner zurück bleibe. Wenn die Konservativen annähmen, daß ein liberaler Kandidat überhaupt nicht in Frage kommen könne, so könnten sie sich darin leicht täuschen, da die Liberalen jetzt einiger seien als früher. Er hoffe, daß der Wahlkampf nicht zu schroffe Formen annehmen werde und daß bei einer etwaigen Stichwahl mit einem polnischen Kandidaten alle deutschen Parteien zusammenstehen werden. Herr Landrichter Bischoff: Es sei selbstverständlich, daß bei einer derartigen Stichwahl alle politischen Gegensätze zurücktreten müßten. Herr Rechtsanwalt Schlee: Wenn dem Liberalismus vorgeworfen werde, er sei den Agitationen der Sozialdemokratie nicht genügend entgegengetreten, so sei das ebenso unzutreffend als wenn man den Liberalismus als Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichne. An dem Rückgang des Liberalismus bei uns sei hauptsächlich der Umstand schuld, daß er zu vornehm gewesen sei, um mit allerhand Versprechungen die Wähler zu ködern; man nenne das: Realpolitik. Daß die Liberalen zu träge gewesen seien, sei ein Irrthum, sie würden sich aber jedenfalls bestreben, jetzt anders zu werden. Herr Kaufmann Adolph bittet die Anwesenden um ihre Unterschriften zu dem zu erlassenden Wahlaufruf. Herr Witt: Der Vorsitzende habe ihn recht gut verstanden, und es sei auch aus der Mitte der Versammlung anerkannt worden, daß die Bequemlichkeit der Liberalen an dem Rückgang des Liberalismus schuld sei. Wenn man Herrn Sieg zu den Gemäßigtliberalen zähle, so bedeute „gemäßigtliberal" wohl „wenig liberal". Herr Direktor Prowe tritt dafür ein, möglichst jeden Urwähler zur Stimmabgabe zu veranlassen. Herr Engler: Da die Liberalen aller Richtungen einig seien, müßte jetzt, wenn sich die Konservativen mit ihnen einigen wollten, zuerst über den freisinnigen Kandidaten abgestimmt werden. Herr Rechtsanwalt Schlee: Da die Konservativen trotz der großen Nachgiebigkeit der Liberalen an ihren beiden Kandidaten festhalten, sei es müssig, noch über einen Kompromiß zu reden. Er bitte nur noch, bei dem Wahlkampfe möglichst schonend vorzugehen und nicht persönlich zu werden. — Mit einem Hoch auf den Kaiser wurde dann die Versammlung geschlossen. — Eine vorgenommene Tellersammlung ergab einen hübschen Beitrag für den Wahlfonds.

— Ueber die Schlechtigkeit der Liberalen im Allgemeinen und der „Thorner Ostdeutschen Zeitung" im Besonderen klagt gestern die „Thorner Presse" über zwei Spalten lang. Wir entnehmen den etwas sehr ausführlichen Darstellungen 1., daß ein Kompromiß der Konservativen mit den Liberalen mit gleichen Rechten ein unbilliges Verlangen sei. Damit ist also von konservativer Seite selbst zugegeben, daß das sog. Kompromiß gar kein Kompromiß war, 2. giebt das Blatt zu, daß es eine von Herrn Landrichter Bischoff verlangte Richtigstellung der Aeußerung der Herrn Krech-Althausen vom letzten Sonntag abgelehnt hat. Da Herr Landrichter Bischoff in der gestrigen Urwählerversammlung den Bericht der „Thorner Presse" sogar auf Grund eines Schreibens des Herrn Krech selbst für falsch erklärte, so erübrigt sich für uns ein Weiteres; unsere Leser werden den Rückschluß auf die Wahrheitsliebe der „Thorner Presse" schon selbst ziehen. Wenn

das Blatt schließlich mit der konservativen Handwerkerfreundlichkeit wieder hausiren geht, so wollen wir das Urtheil darüber auch ruhig unsern Handwerkern selbst überlassen, welche infolge der konservativen Agrarpolitik jetzt die Lebensmittel theuer bezahlen müssen. Was die übrigen Vorwürfe gegen die Liberalen anlangt, so sind dieselben von den Rednern der gestrigen Urwählerversammlung schon ausreichend widerlegt worden.

— Herrn **Nicolaus** hierselbst, welcher, wie gemeldet, der Kaiserin einen von ihm komponirten Marsch gewidmet hat, ist folgendes **Dankschreiben** zugegangen:

Berlin, den 11. Oktober.

„Kabinett Ihrer Majestät
der Kaiserin und Königin.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben mich beauftragt, Euer Wohlgeboren für das eingesandte Exemplar des von Ihnen komponirten „Patriotischen Jubel-Marsches" den Allerhöchsten Dank auszusprechen.

Frh. v. Mirbach."

— **Personalien.** Der Referendar Walter Scheda aus Thorn ist zum Gerichtsassessor ernannt worden. Die Versetzung des Amtsgerichtssekretär Haß in Schlochau an das Amtsgericht in Strasburg ist zurückgenommen. Der Amtsgerichtssekretär Dumke in Schlochau ist in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht in Strasburg versetzt worden. Der Obersteuerinspektor Münster in Konitz ist zum 1. November nach Magdeburg versetzt.

Der Regierungsassessor Geißler zu Strasburg i. Westpr. ist der Königlichen Regierung zu Bromberg zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der Wasserbauinspektor Baurath Maas in Berlin ist zum Regierungs- und Baurath ernannt und der Kgl. Regierung in Marienwerder überwiesen worden. Der Regierungs- und Baurath vom Dahl ist von Marienwerder nach Breslau versetzt worden.

— **Prämie.** Der Schiffseigner Johann Osinski aus Thorn hat in den Jahren 1887, 1889 und 1892, sowie auch in diesem Jahre wiederholt mit Muth und Entschlossenheit Personen vom Tode des Ertrinkens in der Weichsel gerettet. Dem Osinski ist jetzt für sein wackeres Verhalten vom Herrn Regierungspräsidenten **eine Prämie von 30 Mark** bewilligt worden.

— In der gestern in Berlin unter dem Vorsitze des Herrn Generalkonsuls Landau stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrathes der **Norddeutschen Kreditanstalt zu Königsberg**, welche auch am hiesigen Platze eine Niederlassung unterhält, wurde beschlossen, einer auf den 10. November einzuberufenden außerordentlichen General-Versammlung angesichts der fortschreitenden Ausdehnung und günstigen Entwickelung des Geschäftes die Erhöhung des Aktienkapitals von 5 auf 8 Millionen vorzuschlagen. Zugleich wurde die Errichtung einer Zweigniederlassung der Bank in Stettin, welche demnächst eröffnet werden soll, genehmigt.

— In der letzten Quartalssitzung der **Bäckerinnung** wurden drei Lehrlinge freigesprochen und vier Lehrlinge neu eingeschrieben; ein Meister wurde in die Innung neu aufgenommen. Es wurde außerdem beschlossen, die Innung als **freie Innung** fortbestehen zu lassen.

— **Die Generalversammlung der polnischen Delegierten** und des Zentralwahlkomitees für Westpreußen und Ermland findet am 20. d. M. in Graudenz statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1) Wahl eines Vorsitzenden, 2) Prüfung der Legitimationen, 3) Berichte des Zentralkomitees, 4) Kandidatenwahl, 5) Wahl eines Zentralkomitees, 6) Anträge.

— **Königliche Preußische 199. Klassen-Lotterie.** Die Ziehung der 4. Klasse wird am 21. Oktober ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse sind unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 3. Klasse bis zum 17. Oktober, Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts einzulösen.

— **Eine leichtere Uniform für die Postunterbeamten** soll endlich für den nächsten Sommer in Aussicht stehen. Die bisherigen Versuche sind mit Röcken in Joppenform mit Klappkragen und Rückengurt gemacht worden. Von den probirten Stoffen hatten die hellfarbigen den Nachtheil, daß sie zu leicht schmutzten; es erscheint deshalb die Wahl eines dunkelblauen Stoffes zweckmäßiger. Zugleich mit der Einführung der Sommerkleidung wird eine Aenderung in der Tragezeit der übrigen Kleidungsstücke eintreten, damit die Kleiderkassen-Zuschüsse nicht wesentlich geändert werden müssen; es ist in Aussicht genommen, künftig alljährlich eine Hose und eine Mütze, alle zwei Jahre einen Winterrock und einen Sommerrock und alle vier Jahre einen Mantel zu liefern.

— **Temperatur.** Heute Morgen um 8 Uhr 1 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 11 Strich.

— **Wasserstand** der Weichsel bei Thorn heute 0,16 Meter.

△ **Podgorz,** 13. Oktober. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde folgende Tagesordnung erledigt: 1. Herr Weiß zahlt für den Zaun am Teiche an die Stadt 15 Mark Entschädigung und erhält für Aufstellung der Wasserkufen von der Stadt pro Jahr 3 Mark Pacht. 2. Magistrat theilt mit, daß die Stadt für den Prozeß gegen Weiß in zweiter Instanz 216 Mark zu zahlen hat 3. Im September betrugen bei der hiesigen Kämmereikasse die Einnahme 27 694,66 Mark, die Ausgabe 22 697,52 Mark. 4. Die beiden Nachtwächter bitten um Pelze; es wird beschlossen, ihnen monatlich 5 Mark Zulage zu gewähren. 5. Schmiedemeister Laux soll eine Rechnung über 20 Mark für Reparatur des Brunnens an der Ringchaussee spezialisieren, bevor der Betrag gezahlt wird. 6. Wikrzikowski hat von 309 Mark für Reparaturen in den Schulen noch 109 Mark zu empfangen. 7. An Dr. Horst hat die Stadt für Behandlung der augenkranken Schüler vorläufig 42 Mark zu zahlen; der Herr Landrath hofft, es zu erwirken, daß der Betrag aus Staatsmitteln ersetzt werde. 8. Für Frau Schön sind 69 Mark Kurkosten zu zahlen; der Magistrat zu Thorn ist vom hiesigen Magistrat ersucht worden, die Aufnahme der S. in die Irrenanstalt zu bewirken, welchem Antrage Folge gegeben wird. 9. Das Gesuch der Wittwe Sellnau um Unterstützung wird abgewiesen, weil sie eine Rente bezieht. 10. Eine längere Debatte entspann sich über die Versorgung der Stadt mit Wasser; in nächster Woche soll Herr Berger aus Berlin in dieser Sache gehört werden.

t **Ziegelwiese,** 13. Oktober. Dem Schulknaben Franz Domachowski hier wurden 4 Finger der rechten Hand von der Dreschmaschine abgerissen und der Daumen total zerquetscht. Der Verunglückte ist dem Krankenhause zu Thorn zugeführt.

r **Mocker,** 13. Oktober. Heute Nachmittag 4 Uhr fand eine Sitzung des Amtsausschusses im hiesigen Amtshause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das neu eingetretene Mitglied — der Vertreter des Gutsbezirks Weißhof — Herr Förster Großmann eingeführt und verpflichtet. Das Andenken des verstorbenen Fürsten Bismarck wird von den Anwesenden durch Erheben von den Sitzen geehrt. Die Versammlung wählt zu Mitgliedern der Kommission zur Prüfung der Rechnungen und Beläge pro 1896/97 die Herren Gutsbesitzer v. Swinarski-Katharinenflur, Bauunternehmer Schöffen W. Brosius und Rüster hier. Das Defizit, welches durch das Ausscheiden des Forstgutsbezirks Rothwasser vom 15. September cr. ab aus dem Amtsbezirk Mocker entsteht, soll aus dem Bestande der Kasse, welcher nach der Rechnung pro 1897/98 106,51 M. beträgt, gedeckt werden. Eine Vermehrung der Exekutivbeamten wird abgelehnt und zwar auch schon deshalb, weil der Amtsbezirk durch Abtrennung des entlegensten Bezirkes Rothwasser kleiner geworden ist. Ueber eine etwaige Besoldungserhöhung soll bei der nächsten Etatsberathung Beschluß gefaßt werden. Die Versammlung stimmt dem Erlaß einer Polizei-Verordnung betreffend das Verbot des Besuchs der Gast- und Schanklokale sowie öffentlichen Tanzlokalen von Personen unter 16 Jahren und Lehrlingen in der Fassung zu, wie sie in einem Entwurf der Versammlung vorgetragen ist. Zur Ausführung des Gesetzes betreffend die Firmenschilder an den offenen Läden wird der Versammlung mitgetheilt, das die hierzu nothwendigen Anordnungen getroffen werden. Ein Unterstützungsgesuch, welches der Versammlung vorgetragen, wird abgelehnt.

Kleine Chronik.

* **Josef Lauff**, der neue Intendanturrath und Dramaturg des Wiesbadener Hoftheaters, dem bei seiner militärischen Verabschiedung der Charakter eines Majors beigelegt wurde, wird nach einer Feier am nächsten Sonntag sein Amt antreten.

* **Schneidig.** Der Artilleriehauptmann Nosacz-Noskow erschoß am Donnerstag zu Warschau auf offener Straße den Fabrikverwalter Daszkiewicz und stellte sich sodann selbst seinem Regimentskommandeur, der ihn verhaften ließ. Der Grund der Bluthat ist in einem Renkontre in einem Restaurant zu suchen, während dessen Daskiewicz den Offizier ohrfeigte.

* **In Debreczin** kam es bei der Aufführung eines Schauspieles „Kapitän Dreyfus" zu ziemlich erregten Kundgebungen. Die Darsteller des Kapitäns Dreyfus und seiner Gemahlin wurden vom Publikum lebhaft begrüßt, während der Darsteller du Paty de Clams kaum zu Worte gelangen konnte und öffentlich beschimpft wurde. Er wurde nach der Vorstellung von einer großen Menschenmenge vor dem Theater erwartet, die ihn mißhandeln wollte. Er mußte unter polizeilicher Begleitung in seine Wohnung gebracht werden.

* **Der edle Prinz.** Der Pariser „Figaro" ist außer sich vor Entzücken über eine hochherzige Handlung des Prinzen Henri d'Orléans. Dieser fuhr Dienstag Nachmittag mit dem Herzog von Luynes nach dem Bois de Boulogne und bemerkte an der Ecke einer Avenue eine Menschenansammlung. Er erkundigte sich nach der Ursache und erfuhr, daß ein Arbeiter, den die Ausständischen vor drei Tagen von einem Gerüst der Komischen Oper herabgestürzt hatten, vor Hunger zusammengebrochen sei. Der Prinz übergab dem Unglücklichen 200 Frcs. und geleitete ihn persönlich nach einer Apotheke, wo der Verband erneuert wurde. Ein Prinz aus dem Hause d'Orléans, der 200 Frcs. für einen Unglücklichen hergiebt, ist allerdings ein Unikum. Uebrigens ist Prinz Henri in der Familie als Verschwender verrufen.

* **Jüdischen Auswanderern** von Oesterreich, Rußland und Rumänien hat die türkische Regierung seit einigen Jahren die Ansiedelung in Palästina verboten. Trotzdem haben sich viele ansäßig gemacht. Die zionistische Bewegung in Europa hat die Aufmerksamkeit der Behörden in dieser Angelegenheit erregt. Der Großvezier hat deshalb strengen Befehl erlassen, allen auswärtigen Juden aller Nationalitäten ohne Unterschied das Betreten Palästinas zu untersagen, wenn nicht hinlängliche Bürgschaft gegeben wird, daß sie innerhalb dreißig Tagen das Land wieder verlassen. Auch britische Juden sind natürlich dieser Vorschrift unterworfen. Mehreren britischen jüdischen Familien, die kürzlich in Jaffa eintrafen, wurde die Landung nicht gestattet. Sie waren gezwungen, mit demselben Schiffe, das sie gebracht hatte, zurückzukehren.

* **Ein entsetzlicher Vorgang** spielte sich vor kurzer Zeit in der Nähe von Numea (Neukaledonien) ab. Das große Segelschiff „Bai von Neapel" ließ ein mit 14 Personen bemanntes Boot hinab, das an Land gehen sollte. Als es kaum 100 Schritte vom Schiff entfernt war, wurde es von einem Schwarm Haifischen umringt und sofort zum Kentern gebracht. Die Scene, die sich nun vor den Augen der zurückgebliebenen Mannschaft entrollte, war grauenvoll, um so mehr, als es unmöglich war, vom Schiffe aus Hilfe zu bringen. Das Wasser wimmelte förmlich von den gefräßigen Ungeheuern, ein Mann nach dem andern wurde unter herzzerreißenden Schreien hinabgezogen — bald verschwanden die letzten flehend ausgestreckten Arme und die angstverzerrten Gesichter, und die Stille des Todes breitete sich über die rothgefärbte Wasserfläche.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 14. Oktober. Fonds: matt.

	14. Oktbr.	13. Oktbr.
Russische Banknoten	216,80	216,60
Warschau 8 Tage	216,15	216,10
Oesterr. Banknoten	169,75	169,70
Preuß. Konsols 3 pCt.	94,10	94,20
Preuß. Konsols 3½ pCt.	101,80	101,90
Preuß. Konsols 3½ pCt. abg.	101,80	101,80
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	93,10	93,20
Deutsche Reichsanl. 3½ pCt.	101,80	101,80
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II	89,40	89,40
do. " 3½ pCt. do.	98,90	98,90
Posener Pfandbriefe 3½ pCt.	98,80	98,90
" " 4 pCt.	fehlt	fehlt
Poln. Pfandbriefe 4½ pCt.	100,80	100,90
Türk. Anl. C.	26,40	26,55
Italien. Rente 4 pCt.	91,50	91,50
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	92,50	92,50
Diskonto-Komm.-Anth. excl.	195,00	196,00
Harpener Bergw.-Akt.	173,40	174,60
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	126,00	126,00
Thorn. Stadt-Anleihe 3½ pCt.	fehlt	fehlt
Weizen: Loco New-York Okt.	74⅝	72⅜
Spiritus: Loko m. 70 M. St.	51,40	52,20

Spiritus-Depesche.

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 14. Oktober.

Loco cont. 70er	50,80 Bf.,	49,20 Gd	—,— bez.
Oktbr.	50,80 "	—,— "	—,— "
Novbr.	50,80 "	—,— "	—,— "

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 20. September d. Js. (Nr. 221 dieser Zeitung), in welcher wir bereits veröffentlicht haben, daß der Tag der Wahl der Wahlmänner zur Neuwahl der Landtags-Abgeordneten höheren Orts auf

Donnerstag, den 27. Oktober d. J.

festgesetzt ist, bringen wir nachstehend die Abgrenzung der für die Stadt Thorn gebildeten 17 Urwahlbezirke unter Bezeichnung der Wahllokale, sowie der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter zur öffentlichen Kenntniß und fordern die Wahlberechtigten auf, sich zur Ausübung ihres Wahlrechts

am 27. Oktober d. J. Mittags 12 Uhr

in dem Wahllokale des betreffenden Urwahlbezirks persönlich einzufinden.

Diejenigen, welche Anfangs Oktober d. Js. die Wohnung gewechselt haben, wählen in demjenigen Bezirk, in welchem sie vorher gewohnt haben.

Wir bemerken hierbei wiederholt, daß jeder selbstständige Preuße nach vollendetem 24. Lebensjahre wahlberechtigt ist, sofern er sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, nicht Armenunterstützung bezieht und volle 6 Monate hier wohnhaft resp. aufhaltsam ist.

Der Urwahlbezirke		Seelenzahl nach d. allgem. Volkszählung am 2./12. 1895	Zahl der zu wählenden Wahlmänner	Bezeichnung der Wahllokale	Name der	
Nr.	Bezeichnung				Wahlvorsteher	Stellvertreter
1	Brücken- und Jesuitenstraße, Baderstraße, Kaserne II, Kaponiere V, Städtischer Bauhof, Hauptbahnhof, Seglerstraße gerade Nummern 22—30, Brückenkopf und Militärspeiseanstalt in der Bahnhofsvorstadt.	1 554	6	Restaurant Wichert (früher Herzberg) Seglerstraße	Stadtrath Kittler	Stadtverordneter Wolff
2	Seglerstraße Nr. 1—20 und ungerade Nr. 21—31, Altstädtischer Markt 1—30, Marienstraße, Schankhaus I, Schiffer auf Kähnen am Ufer und im Winterhafen, Bazarkämpe, Badeanstalten, Araberstraße.	1 610	6	Magistrats-Sitzungssaal Rathhaus 1 Treppe (Aufgang zu den städtischen Kassen)	Stadtverordneter Dauben	Stadtverordneter Riefflin
3	Bankstraße, Coppernicusstraße, Thurmstraße, Heiligegeiststraße, Bäckerstraße 1—12 und 13, 15, 17.	1 586	6	Schrock's Hotel (früh. Arenz) Eingang Araberstraße und Heiligegeiststraße	Kaufmann Netz	Kaufmann Zährer
4	Bäckerstraße 14, 16, 18 und 19—51, Grabenstraße, Windstraße, Schankhaus II, Defensionskaserne, Schiefer Thurm, Nonnenthorthurm, altes Laboratorium, Dienstwohnung im Bromberger Thor, Bromberger Thorwache, Brombergerstraße 1—18, Schiffsbauplatz, Fischerstraße 1—45, Hafenhaus.	1 623	6	Parterreklassenzimmer Nr. 1 der II. Gemeindeschule Bäckerstraße	Rentier Hirschberger	Bäckermstr. Sztuczko
5	Altstädtischer Markt 31—37, Schuhmacherstraße, Culmerstraße, Klosterstraße, Familienhaus Culmer Esplanade, Hangar am Culmer Thor, Culmer Chaussee gerade Nummern 2—46, Blockhaus, Reduit III, Lünette III.	1 535	6	Stadtverordnetensitzungssaal Rathhaus 1 Treppe (Aufgang zum Amtsgericht)	Stadtrath Löschmann	Stadtrath Borkowski
6	Breitestraße 21—46, Schillerstraße, Mauerstraße nördlich der Breitestraße, Bachestraße 17, Hohestraße Nr. 13, Strobandstraße 13—24.	1 600	6	Saal bei Nicolai, Mauerstraße	Stadtverordneter Dietrich	Stadtverordneter Kotze
7	Breitestraße 1—20, Mauerstraße südlich der Breitestraße, Bachestraße 1—16, Schloßstraße, Gerberstraße, Elisabethstraße 10—24, Hundestraße 7—11, Junkerstraße.	1 590	6	Großer Saal im Schützenhause, Schloßstraße Nr. 9	Stadrath Schwartz	Stadtverordneter Goewe
8	Hundestraße 1—6, Jakobstraße, Brauerstraße, Carlstraße ausschl. Fortifikationsgebäude, Friedrichstraße, Zeughausbüchsenmacherwohnung, Oekonomiegebäude und Familienhaus auf der Jakobs-Esplanade, Wilhelmskaserne nebst Wache, Neustädtischer Markt 1—12, 22—26, Moltkestraße, Roonstraße, Werderstraße.	1 569	6	Saal bei Mielke, Karlstraße Nr. 5	Stadtrath Tilk	Stadtverordneter Granke
9	Jacobs-Kaserne, Hospitalstraße, Katharinenstraße, Neustädt. Markt 13—21, Tuchmacherstraße, Gerechtestraße 1—9, am Leibitscher Thor Fortificationsschreiberhaus, Wache im Leibitscher Thor, Jacobs-Baracke, Friedrich-Karlstraße, Bahnstraße mit Stadtbahnhof.	1 632	6	Saal der vereinigten Innungsherberge.	Lehrer v. Jacubowski	Brauereibesitzer Groß
10	Elisabethstraße 1—9, Strobandstraße 1—12, Gerstenstraße einschließlich Garnisonlazareth, Wilhelmstraße, Leibitscher Thor-Kaserne, Fortificationsgebäude, Wilhelmplatz, Hermannplatz mit Eisenbahn-Inspectionsgebäude, diesseitiger Brückenpfeiler, Bismarckstraße, Albrechtstraße, Schankhaus III.	1 592	6	Aula des Königlichen Gymnasiums, Hohestraße.	Stadtverordneter Rittweger	Uhrmacher Lange
11	Gerechtestraße 10—35, Hohestraße 1—12, Paulinerstraße, Grützmühlen-Thor-Kaserne und Wache, Kirchhofstraße, Philosophenweg, Heppnerstraße, Grützmühlenstraße, Graudenzerstraße, Conductstraße.	1 601	6	Saal im polnischen Museum, Hohestraße.	Stadtrath Behrensdorff	Fabrikbesitzer Dr. Drewitz
12	Culmerchaussee ungerade Nummern von 1 ab, die geraden Nummern von 48 ab, Bergstraße, Quer- bezw. Grenzstraße, Kurzestraße, Culmer Thor-Kaserne und Hauptwache, Wasserwerk.	1 569	6	Saal bei Robotka (früher Putschbach) (Arndt) Culmerchaussee 53.	Stadtverordneter Wakarecy	Zimmermeister Ulmer
13	Thalstraße, Fischerstraße von Nr. 47 bis Ende, Steilestraße, Parkstraße, Brombergerstraße 19—58, Mellienstraße ungerade Nummern 1—105, Rother Weg.	1 648	6	Gartenlokal Tivoli, Brombergerstraße 10.	Stadtrath Kelch	Stadtrath Kriwes
14	Brombergerstraße 59—110, Schulstraße 1—17, Gartenstraße 18—64, Hofstraße, Ulanenstraße, Kasernenstraße, Fort Heinrich von Plauen, Kinderheim, Waisenhaus, Ziegelei, Ziegeleigasthaus, Ziegeleikämpe, Wiese's Kämpe, Hilfsförsterhaus, Chausseehaus, Grünhof, Winkenau, Finkenthal, Pastorstraße.	1 599	6	Bromberger Vorstadtschule, Zimmer am **nördlichen** Eingange.	Bürgermeister Stachowitz	Stadtverordneter Wegner
15	Mellienstraße gerade Nummern 2—92, Schulstraße 18—30, Wilhelm-Augusta-Stift, Pionier-Kaserne, Hilfslazareth, Waldstraße.	1 622	6	Bromberger Vorstadtschule, Zimmer am **südlichen** Eingange (von d. Schulstr. her)	Bezirks-Vorsteher Weber	Baugewerksmeister Kleintje
16	Mellienstraße gerade Nummern von 94—104 und alle Nummern von 106—139, Mittelstraße, Ulanenkaserne.	1 666	6	Kaisersaal Liedtke, Mellienstraße 99.	Stadtverordneter Sieg	Malermeister Brosche
17	Jacobs-Vorstadt.	1 722	6	Kaisersaal Paul, Leibitscherstraße 43.	Stadtverordneter Kuntze	Rector Schüler
	Summa	27 318				
	Militäranstalten außerhalb des Gemeindebezirks . . .	2 996				
		30 314 nach der letzten Volkszählung				

Thorn, den 13. Oktober 1898.

Der Magistrat.

Kirchliche Nachrichten

für Sonntag, den 16. Oktober:

Altstädt. evangl. Kirche.

Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Stachowitz.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Derselbe.
Abends 6 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Jacobi.
Kollekte für den Bau eines Krüppelheims in Bischofswerder.

Neustädt. evangel. Kirche.

Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Herr Pfarrer Heuer.
Nachm. kein Gottesdienst.

Evangelische Garnisonkirche.

Vorm. 10 1/2: Gottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Strauß.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Becke.

Evangel. luth. Kirche.

Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.
Herr Superintendent Rehm.

Mädchenschule in Mocker.

Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Heuer.

Ev. Kirche zu Podgorz.

Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.
Kollekte für den Bethausbau in Sittnow.
Nachmittags 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Pfarrer Endemann.

Für Börsen- u. Handelsberichte, Reklame- sowie Inseratentheil verantw. E. Wendel-Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.

Hierzu eine Beilage.